

Lissabon zu stimmen, der für geraume Zeit eine europäische Verfassung ersetzen muss.

Damit sind wir beim Kern der sachlichen Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, ehe die »Linke« als ein Gesprächspartner betrachtet wird, mit dem eine Kooperation auch im Bund möglich wäre: Erstens: Revision ihres Votums zum Lissabon-Vertrag und vorbehaltlose Mitarbeit am Ausbau der Europäischen Union. Zweitens: Revision ihres *Neins* zur Atlantischen Allianz, Bestätigung der Pflichten, die von der Bundesrepublik im Bündnis übernommen wurden, Anerkennung der besonderen Beziehung zu den USA und zu Israel. Schließlich: ein klares *Ja* zur Zugehörigkeit Deutschlands zur westlichen Welt, die nun erst an der Ostgrenze Polens endet.

Im Alltag der Opposition sollten die Möglichkeiten eines gelegentlichen Zusammenwirkens pragmatisch wahrgenom-

men werden. Guido Westerwelle wird sich unter dem wohlthätigen Einfluss seines Ziehvaters Genscher und dem Zwang der Geschichte zum Europäer entwickeln.

Der agile Taktiker konnte am 27. September nur reüssieren, weil sich die CDU in der Krise wieder als die Sozialpartei ihrer Anfänge entdeckte. Es war überdies sein Glück, dass die einstige Kumpane mit dem windigen Möllemann von den gedächtnislosen Medien vergessen wurde. Der Einzug Westerwelles ins Auswärtige Amt hat freilich den einen, unschätzbaren Vorteil: Er bleibt der Finanz- und Wirtschaftspolitik fern. Zur Krise war ihm rein gar nichts eingefallen, außer seiner Litanei von der Steuersenkung. Für wen? Wie viel? Und wenn ja: wann? In diesen Fragen deutet sich an, wo eine vitale sozialdemokratische Opposition den Hebel anzusetzen hat – unter anderem.

*Analyse:*

*Michael Bröning*

## **Domino in der Achterbahn**

**Obamas Neuansatz im Mittleren Osten: mutig, richtig – und vom Scheitern bedroht**

*Anlässlich des Amtsantritts von Barack Obama wandte sich die einflussreiche Fachzeitschrift Foreign Affairs im Januar mit einer Warnung an den neuen Präsidenten: US-Engagement im Mittleren Osten sei für neue Amtsinhaber im Weißen Haus »die schlimmste Art von notwendigem Übel« – »zugleich sehr notwendig und sehr übel«. Doch Obamas Vorgehen eröffnet auch neue Optionen – wenngleich mit ungewissem Ausgang.*

**Michael Bröning**

(\* 1976) leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ost-Jerusalem.

michael@fespal.org



Zu vielschichtig scheinen die Probleme, zu groß das Risiko eines Scheiterns. Dies gerade auch, weil schon zu Beginn einer Amtszeit in erfolglosen nahöstlichen Kabalen verspieltes politisches Kapital nur schwer zurück zu gewinnen ist.

Vor diesem Hintergrund überraschte der neu gewählte starke Mann in Washing-

ton so manchen Beobachter, als er trotz globalem Finanzchaos und ehrgeizigen sozialpolitischen Projekten in der Heimat unverzüglich ausgerechnet den Mittleren Osten zur Chefsache erklärte.

Im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger, der die konfliktreichste Weltregion in seinem achtjährigen Wirken stets undifferenziert unter seinen »Krieg gegen den Terror« subsumiert hatte, macht sich Obama seit Januar 2009 ernsthaft an die Arbeit und setzt auf regionalen Dialog. Der erfolgreiche Ausgang des Versuchs, den gordischen Knoten der sich überlagernden Konflikte diplomatisch zu zerschlagen, scheint derzeit jedoch mindestens so ungewiss wie wünschenswert.

Ahmadinejads faktischer Staatsstreich im Iran, zentrifugale Kräfte im Irak, ein zerfallendes Pakistan, stockendes *State-Building* in Afghanistan, eine Rechtsaußen-Koalition in Israel und anhaltende Spannungen zwischen Hamas und Fatah in Palästina bieten einen wenig versprechenden Rahmen für diplomatische Avancen.

Als kaum hilfreich erweisen sich hierbei nicht zuletzt die quasi messianischen Heilserwartungen, die von Friedensoptimisten und marginalisierten *Underdogs* der Region mit dem Amtsantritt des Senators aus Illinois verknüpft wurden. Reformen in Afghanistan, Hamas-Führer in Gaza, Mahmud Abbas in Ramallah, Bashar al Assad in Syrien – sie alle erwarten von Obama derzeit das (fast) Unmögliche: Die Lösung der seit Jahren anhaltenden Blockaden einer im Konflikt gefangenen Region und eine Aufwertung der eigenen, marginalen Position.

Die Einstellung dieser unwahrscheinlichen Koalition aus Status-Quo-Verlierern wird in Ablehnung derjenigen Kräfte gespiegelt, die sich mit der bisherigen Lage arrangieren konnten. Der israelische Ministerpräsident Netanjahu und der iranische Antidemokrat Ahmadinejad finden sich hier trotz ihres Antagonismus überraschend in Obama-Skepsis vereint.

Denn soviel ist klar: *Change* in der US-Politik im Mittleren Osten erschüttert gewohnte Feindbilder quer durch die Region und somit nicht zuletzt auch das Selbstverständnis entscheidender *Player* – sei es als »first line of defence« in einem globalen Anti-Terrorkrieg oder als Speerspitze eines islamistischen »Anti-Imperialismus«.

### **Neue Töne – aber keine Revolution**

Doch wie ist Obama bislang in Erscheinung getreten? Eine vorläufige Bestandsaufnahme nach nunmehr fast einem Jahr der Neuorientierung lässt auf soviel schließen: Neue Töne machen Mut, doch die Revolution blieb bislang aus. Statt auf fundamentale Umwälzungen setzt Obama bisher vielmehr auf die Umsetzung lange angekündigter Schritte und auf einen Wandel im außenpolitischen Stil. Dies muss nicht zwangsläufig enttäuschen, sondern unterstreicht vielmehr das Bild eines US-Präsidenten, der planmäßig und durchdacht vorgeht.

Beispiel Irak: Wie im Rennen um das Weiße Haus angekündigt, initiierte Obama bereits elf Wochen nach Amtsantritt den weitgehenden Abzug aus dem amerikanischen Beinahe-Vietnam am Euphrat. Bis August 2010 werden die dort stationierten 139.000 US-Soldaten auf ein Drittel reduziert. Der Abzug aus dem Irak beginnt phasenweise und behutsam, um den demokratischen Prozess im Zweistromland nicht über Gebühr zu gefährden. Die frei werdenden Ressourcen werden dabei in Afghanistan dringend benötigt. Im Gegensatz zum US-Engagement im Irak hat Obama dem »notwendigen Krieg« am Hindukush stets ein höchstpersönliches Placet verliehen. Und an diesem Schauplatz stehen die Zeichen nach den kontroversen Präsidentschaftswahlen im September immer stärker auf Sturm.

Beispiel Iran: Unmittelbar nach Amtsantritt fokussierte Obama, wie zuvor gegen massiven Protest seitens der Republikaner durchgefochten, auf diplomatische Offerten an Teheran. Dieser Ansatz bildete ursprünglich den Kern des Obama'schen neuen Multilateralismus und folgte nicht zuletzt den Empfehlungen der *Iraqi-Study-Group* der Senatoren Baker und Hamilton aus dem Jahr 2006.

Die Umwälzungen in Folge der iranischen Präsidentschaftswahlen haben Obamas Plan nun vor neue Herausforderungen gestellt. Als erste Reaktion auf die weitgehende Gleichschaltung der Teheraner Opposition verkündete der US-Präsident nun entgegen vorheriger Überlegungen einen klaren Zeitrahmen für diplomatische Bemühungen. Parallel zu bilateralen Gesprächen sollen nun internationale Koalitionen für verschärfte Sanktionen geschmiedet werden, die das Zuckerbrot diplomatischer Anerkennung durch eine unübersehbare Peitsche internationaler Isolierung ergänzen sollen. Die Erfolgsaussichten dieser Kombination sind zwar alles andere als viel versprechend. Faktisch jedoch fehlt eine realistische Alternative, wie auf anhaltendes Schweigen aus dem Iran angemessener zu reagieren wäre. Klar ist dabei schon jetzt, dass der faktische Staatsstreich in Teheran ein *Grand Bargain* unter Einbeziehung des Iran sehr viel unwahrscheinlicher gemacht hat.

### Neue Optionen

Jedoch würden auch aus einem Scheitern der Charmeoﬀensive gegenüber Iran neue Optionen entstehen: Konkret etwa durch einen Friedensprozess im *Nahen Osten*, der durch Iran-Containment im *Mittleren Osten* stabilisiert wird. Bekanntlich finden sich arabische Staaten und Israel derzeit zumindest tendenziell in ihrer anti-iranischen Haltung vereint. Diese Konstellation soll aus US-Sicht für Kooperation in Sa-

chen israelisch-palästinensischer Konflikt genutzt werden.

Die Parameter eines solchen US-Ansatzes sind mittlerweile relativ deutlich sichtbar. Nach US-Vorstellungen soll ein umfassendes regionales Abkommen zwischen Israel und den arabischen Staaten die rein dualistische Konfliktstruktur überwinden. Auf regionaler Ebene soll ein mehr oder weniger umfassender Siedlungsstopp Israels den »moderaten arabischen Staaten« wie Qatar, Jordanien, Ägypten, Marokko und Saudi-Arabien in einem *quid pro quo* weitere Schritte einer Normalisierung mit Israel ermöglichen.

Auf bilateraler Ebene soll diese regionale Sicherheitsdividende israelisch-palästinensischen Endstatusverhandlungen zu einem *Jumpstart* verhelfen und innerhalb von zwei Jahren mit der Gründung eines palästinensischen Staates enden. Dieser wird Siedlungsblöcke in *Landswaps* an Israel abtreten und zugleich in der palästinensischen Flüchtlingsfrage die von Bill Clinton formulierten Parameter von Entschädigungen akzeptieren.

### Neupositionierung der USA

Teil dieser ehrgeizigen Strategie ist dabei eine grundsätzliche Neupositionierung der USA als tatsächlich ehrlicher Makler, der zu den Konfliktparteien zumindest tendenziell Äquidistanz bewahrt. In dieses Horn stieß nicht zuletzt die viel beachtete Rede Obamas in Kairo, in der dieser als erster US-Präsident einen Staat »Palästina« namentlich auf die politische Agenda setzte.

Die Erfolgsaussichten dieser regionalen »Dominotheorie für Frieden« scheinen derzeit jedoch alles andere als sicher. Abgesehen von der generellen Anfälligkeit phasenbasierter Lösungsversuche in einer von *Spoilern* nicht eben armen Region, trifft der Ansatz auf politische Rahmen-

bedingungen, die das Fallen der Einzelsteine entscheidend blockieren könnten. Bislang gibt es aus keiner nahöstlichen Hauptstadt wirklich ermutigende Zeichen, die auf notwendige Zugeständnisse hoffen lassen. Anstehende Wahlen in den Palästinensischen Autonomiegebieten sowie eine wackelige Rechtsaußenkoalition in Israel dürften Kompromisse kaum befördern. Schon heute hat sich die Regierung Netanjahu in vier klaren Absagen festgelegt: *Nein* zur Teilung Jerusalems, *Nein* zur Rückgabe des Golans an Syrien, *Nein* zu einem vollständigen Siedlungsstopp und *Nein* zu Verhandlungen über palästinensische Flüchtlinge. Stattdessen die Forderung an die palästinensische Sei-

te, Israel als rein jüdischen Staat anzuerkennen. Diese Positionen dürften Normalisierungsgesten der arabischen Staaten und produktive bilaterale Endstatusverhandlungen nahezu ausschließen und ließen sich nur durch erheblichen Druck aus Washington überwinden.

Ob Obama jedoch bereit sein wird, sein in Israel schon heute ramponiertes Image etwa durch Reduzierung der jährlichen Milliardenzahlungen aus dem US-Haushalt weiter zu beschädigen, ist mehr als ungewiss. Denn ein solches Vorgehen wäre als Druckmittel zwar durchaus effektiv aber zugleich weniger ein »notwendiges Übel« für den US-Präsidenten als eine politische Achterbahnfahrt.